1. Der Stadtrat stellt fest, dass eine positive Entwicklung der Technischen Universität Kaiserslautern eine wichtige Voraussetzung ist für eine positive Entwicklung der gesamten Stadt Kaiserslautern. Ohne diese positive Entwicklung der TUK sind mehrere Tausend Arbeitsplätze sowie andere Forschungseinrichtungen entlang der Wissenschaftsmeile direkt gefährdet. Das kulturelle Leben wird von der positiven Entwicklung der Uni ebenfalls bereichert
2. Die Technische Universität hat sich hervorragend entwickelt. Sie ist mittlerweile national und international sehr gut positioniert. Sichtbarer Beweis hierfür sind sieben Sonderforschungsbereiche und zwei Graduiertenkollegs, die die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) in Kaiserslautern eingerichtet hat. Es gibt keine andere deutsche Universität vergleichbarer Größe, die solche Erfolge aufweisen kann. Die Verzahnung mit den zwei Fraunhofer Instituten, der DFKI, dem Max Planck Institut sind eine weitere Erfolgsgeschichte.
3. Der Miniserrat hat die Entscheidung für eine Fusion ohne Anhörung der Beteiligten in Kaiserslautern beschlossen. Die vom Ministerium immer wieder vorgetragene Behauptung eine Beteiligung an einem allgemeinen Hochschulentwicklungsplan für gesamt Rheinland–Pfalz würde die Beteiligung an der Entscheidung zur Fusion ersetzen, ist nicht nachvollziehbar. Diese Sicht wird weder von den Betroffenen noch vom Stadtrat Kaiserslauterns geteilt. Der Stadtrat Kaiserslauterns sieht in diesem Vorgehen ein unnötiges Zerstören an Vertrauen. Letzteres bedeutet eine Schädigung der Universität. Potenziale der hochkompetenten Mitarbeiter*innen der TUK bleiben damit ungenutzt.
4. Genauso wie der Landesregierung geht es dem Stadtrat von Kaiserslautern darum, dass die TUK nicht geschwächt sondern möglichst gestärkt wird. Bei Nichtbeachtung der folgenden Punkte sieht der Rat eine Schwächung des Wissenschaftstandortes und fordert die Landesregierung deswegen auf, diese umzusetzen:
   - Der Name „Technische Universität Kaiserslautern“ ist international eingeführt und muss erhalten bleiben.
   - Die Kosten einer Zusammenarbeit müssen analysiert und im Landeshaushalt spätestens 2021 abgebildet werden. Eine Umsetzung aus Bordmitteln mit vorhandenem Personal bedeutet eine Schwächung von Forschung und Lehre am Standort Kaiserslautern, da das Personal hier bereits jetzt voll ausgelastet ist. Es müssen zusätzliche Stellen zur Umsetzung der Kooperation geschaffen werden, sofern diese tatsächlich kommt.
   - Die MINT – Fächer sind Kernkompetenz der TUK – hier liegen die meisten der erwähnten Sonderforschungsbereiche. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels werden Studierende knapp. Die hochwertigen Strukturen in Kaiserslautern benötigen eine entsprechend hohe Zahl Studierende. Es gilt genau zu prüfen, ob ein Ausbau der MINT – Fächer in Koblenz nicht Doppelstrukturen schafft, die am Ende teuer und unnötig sind
   - Die Bedürfnisse der Studierenden müssen im Fusionsprozess gehört und mit umgesetzt werden. Für Studiengänge, die Vorlesungen an beiden Standorten notwendig machen, ist die Entfernung zu weit. Studierende entscheiden sich dann für eine andere Universität. Gleiches gilt für Mitarbeitende und Gremienmitglieder. Zusätzlichen Autoverkehr durch das Biosphärenreservat Pfälzerwald gilt es auf jeden Fall zu vermeiden.

5. Der Stadtrat Kaiserslautern erkennt an, dass es die vom Ministerium geschilderten Potenziale in einer Kombination von geistes – und naturwissenschaftlichen Fächern gibt. Der Rat weist

darauf hin, dass es bereits jetzt Geistes- und Sozialwissenschaften an der TUK unterrichtet werden. Er befürwortet, für diese Bereiche zusätzliche Mittel bereitzustellen, um bisherige gute Arbeit den neuen Anforderungen anzupassen und sie auszubauen. Der Rat empfiehlt einen gemeinsamen Prozess, um gemeinsam stärker zu werden. Um dies zu erreichen erwartet der Rat ein Entgegenkommen der Landesregierung. Das Risiko ist groß, mit der Zusammenlegung verdiente Mitarbeitende zu frustrieren und zu verlieren, gute Strukturen zu schwächen, aber die Mittel für neue Strukturen nicht aufzubringen. Hier soll transparent dargelegt werden, woher welche Gelder für die zusätzlichen Lehrstühle kommen.

6. Die Fusionspläne wirken wie ein Sparprogramm. Das Argument von Minister Prof. Dr. Wolf, Kaiserslautern/Landau könnte eine Exzellenzuniversität werden, überzeugt nicht, weil dieses Ziel nach Meinung von kompetenten Fachleuten unrealistisch ist. Auch der Aufbau eines gemeinsamen Excellenzclusters ist unrealistisch. Der Standort Landau hilft hierbei nicht. Beide Standorte müssen für sich ausreichend mit Finanzmitteln ausgestattet werden

7. Die baulichen Planungen an den Standorten werden fortgeführt und ggf. ausgebaut.

8. Der Stadtrat fordert, dass er im weiteren Prozess zur Ausgestaltung eng eingebunden wird. Anspruch muss sein, dass die Interessen der Stadt Kaiserslautern im Prozess berücksichtigt werden. Gleichzeitig unterstützt der Stadtrat die TU Kaiserslautern dabei, ihren erfolgreichen Weg fortzusetzen. Nur mit einer abgestimmten, gemeinsamen Strategie hat der Wissenschafts- und Forschungsstandort Zukunft.

9. Der Rat fordert, dass der Gesetzentwurf zur Zukunft der TUK und der (teil)Universität Landau vom Wissenschaftsministerium erst dann in den Landtag eingebracht und behandelt wird, wenn sich beide Universitäten über die im Gesetz zu regelnden Vereinbarungen einig geworden sind.

10. Der Rat der Stadt Kaiserslautern steht zur Universität. Beide kämpfen Seite an Seite für ihre gemeinsame Zukunft.